Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. ✦ Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Inhaltvolle Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 130. [50. Jahrgang.] Sonntag den 4. Juni 1911. Erste (Abend-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 130.

Berlin, den 3. Juni.

Rückblicke.

Von welchem Standort aus man die Arbeiten des Reichstags im verflossenen Tagungsabschnitt auch betrachten mag, wie man sich auch stellen mag zu den Ergebnissen dieser Arbeiten, immer wird der Eindruck haften bleiben, daß in anstrengender Tätigkeit bedeutsame gesetzgeberische Leistungen vollbracht worden sind. Der Pessimismus, der noch während der Osterpause dem Reichstage hoffnungslose Schaffensmüdigkeit nachsagte und jede Aussicht auf das Zustandekommen der wichtigen zur Erörterung stehenden Gesetze verneinte, muß bekennen, daß er vorübergehende Hemmungen überschätzt und den vorhandenen Willen zur Tat nicht nach Gebühr gewürdigt hat. Durch das Versfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen und durch die Reichsversicherungsordnung ist in erster Linie das große Arbeitspensum bezeichnet, das die Tagung zwischen Ostern und Pfingsten ausfüllte. Neben kleineren Vorlagen wurde ferner der Handelsvertrag mit Schweden beraten und genehmigt. Vor Beginn der Osterferien waren außer dem Reichshaushaltsetat endgültig erledigt worden: Das Gesetz über die Reichswertzuwachssteuer, das Gesetz über die Friedenspräsenzstärke, das die Heeresverhältnisse bis 1916 regelt, und einige andere Entwürfe. Die Novelle zum Strafgesetzbuch wurde in zweiter Lesung durchberaten; die zweite Lesung der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Arbeitskammergesetzes konnte mit Rücksicht auf dringendere Gegenstände nicht zu Ende geführt werden. Das Schiffahrtsabgabengesetz durchlief die erste Lesung und wurde einer Kommission überwiesen. Ein Teil der nicht zur Erledigung gelangten Entwürfe wird den Reichstag in der Herbsttagung beschäftigen.

Das Gesamtergebnis der Tagung ist somit ein beredtes Zeugnis für die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit dieses Reichstages, dessen vorzeitige Auflösung während der letzten zwei Jahre vielfach gefordert wurde. Ein Beweisgrund zu Gunsten dieser Forderung ist aus den positiven Leistungen des Reichstags nicht herzuleiten. Selbst in solchen Blättern, die an den von der Regierung eingebrachten Entwürfen oder an der endgültigen Gestalt der Gesetze Kritik übten, wird beim Vergleich der parlamentarischen Lage vom Herbst 1909 mit der heutigen Situation anerkannt, daß der Reichskanzler mit seiner Hoffnung, der Zwang zum Schaffen werde sich über alle Parteiwirren hinweg geltend machen, recht behalten habe.

* * *

Zur Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen haben auch die dort vertretenen politischen Parteien nunmehr das Wort ergriffen. Die liberale Landespartei hielt am Sonntag in Straßburg eine Vorstandssitzung ab, die der Regierung Dank abstattete und im gleichen Sinne ein Telegramm an die liberalen Fraktionen des Reichstags richtete. Sodann wurde eine Kundgebung veröffentlicht, in der es hieß: „Das neue Wahlrecht wird uns eine Stärkung der politischen Parteibildung bringen, auf der eine in den Aufgaben der Gegenwart gewachsene, ihrer Verantwortung bewußte Volksvertretung sich aufbauen, die im Volke schlummernden Kräfte geweckt und für das Wohl des Ganzen fruchtbar gemacht werden können. Diese Erkenntnis wird sich unserem Volke aufzwingen gerade gegenüber den Machenschaften einer gewissen Gruppe, deren unheilvoller Einfluß durch die Herausbildung scharf umgrenzter Parteien und Fraktionen mit klarem und bestimmtem Programm bedroht ist. Diese Politiker werden versuchen, unserem Volke die Freude an den großen und unbestreitbaren Errungenschaften der neuen Verfassung zu vergällen. Sie werden alle Mittel anwenden, um das Hineinwachsen in die neuen Verhältnisse und jede ernste praktische Arbeit, sei es auch durch die Entfachung eines gewissenlosen Nationalitätenstreites, zu erschweren. Demgegenüber sind wir entschlossen, im Rahmen der neuen Verfassung für die Durchsetzung unserer politischen Ideale zu kämpfen." Ueber den Kreis der Parteigenossen hinaus werden alle Mitbürger in Stadt und Land aufgerufen, die mithelfen wollen, für Elsaß-Lothringen eine Zeit gesunden Fortschreitens auf allen Gebieten des Wirtschafts- und Geisteslebens heraufzuführen. — Die demokratische Landeskonferenz, die gleichzeitig versammelt war, beschloß eine Dankesresolution an die fortschrittliche Reichstagsfraktion und organisierte sich neu. In ihrer absendung für die Oeffentlichkeit bestimmten Kundgebung wird betont, daß das geänderte Wahlrecht dem Volke die Mittel an die Hand gebe, bestimmend in die Geschicke des Landes einzugreifen. Es wird empfohlen, dies im Sinne einer „radikalen Demokratisierung des Landes" zu tun. — Auch der Delegiertentag der dortigen Zentrumspartei hatte sich zusammengefunden. Er kam nach langer und anscheinend heftiger Debatte zu dem Beschluß, daß Name und Programm der elsaß-lothringischen Zentrumspartei nicht geändert werden sollten, nahm jedoch folgende Resolution an: „Der Delegiertentag der elsaß-lothringischen Zentrumspartei erklärt, daß sogar die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages bei der Beratung und Abstimmung über die elsaß-lothringische Verfassungsreform nicht im Sinne der Landesorganisation gehandelt hat und daß er dies lebhaft bedauert. Weitere Schritte behält sich der Delegiertentag für die nächste Versammlung vor, die am 18. Juni stattfinden soll." — Worterich war der Aufruf, den der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei an die „Genossen" erließ; hier ließ man auch die Wendungen nicht fehlen, daß im Reichstage die Reaktion triumphiere und daß das elsaß-lothringische Volk noch immer seiner Freiheiten beraubt sei. Solche augenblicklich ganz besonders einleuchtenden Sätze beburften allerdings dichter Einhüllung in Phrasenschwall, damit sie nicht allzu komisch wirkten. Der Vorwärts aber bemerkte, zustimmend und demnach richtig: „Der Aufruf zeigt, daß unsre elsässischen Genossen mit echt proletarischer Schlagfertigkeit die neue, durch das Verfassungsgesetz gegebene Situation auszunutzen bereit sind."

Selbstverständlich entsprechen die Betrachtungen in der politischen Presse Elsaß-Lothringens im ganzen den jeweiligen Parteiparolen, die hier so prompt ausgegeben wurden. Wenn die tatsächliche Stellungnahme der Zentrumsführer noch aussteht, so hat die Kölnische Volkszeitung eine Zuschrift aus der nichtelsässischen Reichstagsfraktion veröffentlicht, worin mit erkennbarer Schärfe geschildert wird, woran die innerliche Verständigung scheiterte. Sehr seltsam war bei dem Zustandekommen der Vorlage, daß der Widerstand der ihr widerstrebenden elsässischen Elemente ganz systematisch wuchs, je mehr Zugeständnisse erfolgten. „Man hat aus dem Elsaß so oft den Vorwurf erhoben, daß die Zentrumsfraktion das Reichstages zu wenig überhöhe Stimmung des elsaß-lothringischen Volkes orientiert sei und zu wenig Rücksicht darauf nehme. Aber wer repräsentiert denn diese Volksstimmung richtig? Wetterlé oder Blumenthal oder Weber oder Delsor oder Haus oder Ricklin?" Dazu werden Beispiele gegeben, die namentlich den Abg. Delsor angehen, der mitten in der Arbeit aus der Kommission schied. Weiter bemerkt das rheinische Zentrumsblatt: „Sind sich denn die Herren heute schon vollkommen einig darüber, was sie wollten und nicht wollten? Da verlangten sie die Listenwahl. Aber als sie Wirklichkeit werden sollte, stürmten sie den Reichstag, damit sie da und dort nicht gemacht werde, weil sonst ein Mandat eines Herrn gefährdet sei. Da wünschten sie die Wahlkreiseinteilung nach Kreis- und Kantonsgrenzen. Sie wurde gemacht und der Sturm ging wieder los, weil wieder ein Mandat gefährdet werde. „Ach was, der Sprachenparagraph, der hat ja praktisch absolut keinen Wert!" fiel mir einer ins Wort, „nur die Wahlkreiseinteilung". Als er über diese beruhigende Erklärungen hatte, ging er hin und sprach und stimmte gegen den Sprachenparagraphen. Das sind nur ein paar Momentbildchen." — Nicht übel paßt hierzu, wenn jetzt im Journal d'Alsace-Lorraine ein anonymer Aufruf zum Vorschein kommt, der Autonomie, Antimilitarismus, „doppelsprachige Kultur" predigt, die kommenden Wahlen als Plebiszit und die neue Verfassung als ein Provisorium behandelt. Nur Kandidaten, die so dächten, möge man wählen. Aber sie sind nicht unbekannt, auch bereits durch gewisse Leistungen und Nichtleistungen gekennzeichnet, und die Frankfurter Zeitung nimmt keinen Anstand, in jenem Aufruf die Wünsche des Herrn Blumenthal niedergelegt zu finden. Das Blatt fügt ironisch hinzu, an Reklamen auf Wahlkreise gegen Zuschreiung lärmender Oppositionen scheine es nicht zu fehlen. Hoffentlich bleibe die Partei oder vielmehr die Wählerschaft dieser Partei nicht länger anonym, so wie ihre Apostel, die den Aufruf vom Stapel ließen. — Die Straßburger Post hingegen schrieb: „Wir aber, in nüchterner sachlicher Würdigung der großen Errungenschaften, die dem Lande zu teil geworden, nachdem die staatsrechtliche Entwicklung so lange still gestanden, hoffen und vertrauen, daß es sich auch der hohen Verpflichtung bewußt wird, welche die ihm zugewachsenen Rechte mit sich bringen, und daß dem um das Reformwerk hochverdienten Reichskanzler die Geschichte einst bestätige, was er vertrauensvoll ausgesprochen, daß nicht diejenigen, die stillstehen wollten, sondern diejenigen, die vorwärts gingen, recht gehabt haben. Und nun ein herzliches Glückauf." Der kommende Kampf der wirtschaftlichen und politischen Interessen und Ideale müssen einen neuen Inhalt bekommen, um die innere Gleichberechtigung Elsaß-Lothringens mit den anderen deutschen Stämmen zu festigen und dem Lande die materiellen und ideellen Vorteile zu sichern, die aus der Zugehörigkeit zu einem großen Vaterlande sich ergeben und ohne die ein einzelnes Glied nicht voll gedeihen kann. Allen, die guten Willens seien und ihr Heimatland wahrhaft liebten, müsse die Einsicht in diese Notwendigkeit früher oder später aufgehen.

* * *

Einer vermutlich nur noch kurzen Tagung in der zweiten Hälfte des Juni sieht der preußische Landtag entgegen. Vor allem werden ihn dabei die Zweckverbandsgesetze beschäftigen; auch sonst hängt, wie Präsident v. Kröcher in der Schlußsitzung vor Pfingsten hervorhob, der genauere Zeitpunkt des Wiederbeginns von Plenarberatungen im Abgeordnetenhause ganz davon ab, welchen Beratungsstoff die schon früher zusammentretenden Kommissionen liefern werden. Im übrigen beschäftigte sich das Haus am Dienstag zuerst mit Petitionen und erledigte sodann das Eisenbahnanleihegesetz in zweiter und dritter Lesung. Bei den Kostenforderungen zur Einrichtung elektrischer Bahnbetriebe kamen auch die Wünsche wegen Elektrisierung der Berliner Stadt- und Ringbahn wiederum zur Sprache. Hierzu bemerkte der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach, daß in der Tat die Ansprüche an die Leistungen dieses Verkehrsweges außerordentlich gestiegen seien. Damit entständen der Verwaltung recht fühlbare Schwierigkeiten, doch könne nicht von Gefahren für das Publikum die Rede sein. Genug, die Verwaltung sei gewillt, die Berliner Stadt- und Ringbahn leistungsfähiger zu machen, und das könne nur geschehen, wenn so bald als möglich zum elektrischen Betrieb übergegangen würde. Vom technischen Standpunkt solle die Frage von der elektrischen Großindustrie und der Staatsbahnverwaltung so durchgeprüft werden, daß man mit vollkommener Ruhe den neuen Betrieb einführen könne. Von ausschlaggebender Wichtigkeit aber sei es, dieses große Unternehmen auch wirtschaftlicher zu gestalten; die Staatsregierung wäre das dem Lande schuldig und dürfe nicht für die Großstadt ungemessene Summen verwenden. Als Verkehrsminister, so schloß der Leiter des preußischen Verkehrswesens seine Erklärung, wünsche er durchaus, daß die Einrichtungen auf der Höhe ständen, aber es müsse der mittlere Weg gefunden werden, damit eine erträgliche Verzinsung herauskomme.

Erledigt wurden auch in der Montagsitzung verschiedene Gesetzentwürfe, so die Vorlage, betreffend Enlastung des Oberverwaltungsgerichts und der Entwurf, betreffend die Losgesellschaften und den Handel mit Lotterielosen. Im Verlauf dieser letzteren Beratung wurde von Forschrittlicher Seite beantragt, die territoriale Beschränkung für Verbreitung von Losen erlaubter Lotterieen wegfallen zu lassen. Justizminister Dr. Beseler widersprach hier, während er sonst namens der Staatsregierung deren Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen sowie zu dem Antrage kundgeben konnte. Im Reichsstrafgesetzbuch ist nur die Rede davon, daß die Veranstaltung einer Lotterie ohne Genehmigung mit Strafe bedroht wird. Man könne nun unmöglich sagen, daß damit das ganze Lotteriewesen geregelt werden sollte. Im Einführungsgesetz ist dazu noch ausdrücklich bestimmt, daß die nicht im Reichsstrafgesetzbuch geregelten Materien der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben. Der Entscheidung des Reichsgerichts, auf die sich der Vorredner gestützt hatte, stände, so hob der Minister hervor, eine weitere Entscheidung desselben Gerichts gegenüber, durch die das Reichsgericht selbst seine erste Entscheidung weiter deklariert. Ein Widerspruch mit der Reichsgewerbeordnung liege ebensalls nicht vor; das Reichsgericht habe bezüglich der Prämienlose entschieden, daß bei ihnen das Lotteriemäßige das Uebergewicht hat. Man sei infolgedessen befugt, anzunehmen, daß Prämienlose im großen und ganzen als Lotterielose zu betrachten sind. Aber auch wenn man das nicht will, würde kein Grund gegeben sein, mit dem Eingreifen der Landesgesetzgebung innezuhalten. Obwohl das Gewerbe freigegeben ist, besteht doch in Theorie und Praxis kein Zweifel darüber, daß die Art und Weise der Ausübung des Gewerbes bestimmten Vorschriften unterworfen werden kann, sofern Mißbräuche bestehen.

* * *

Durch die Nachricht vom Ableben des Reichstagsabgeordneten Kirsch, des Vertreters von Düsseldorf, eröffnet sich noch die Aussicht auf einen erbitterten Wahlkampf in diesem Kreise um ein Mandat für knappe Frist. Wir hatten bereits im Anschluß an die erste Meldung eine kurze Uebersicht des Zahlenverhältnisses bei den Stimmabgaben von 1907 wiedergegeben, aus dem hervorging, daß die Zentrumsmehrheit in Düsseldorf einer ziemlich starken sozialdemokratischen Minderheit gegenüberstand. Wie die Germania unlängst bei einer allgemeinen Betrachtung über die Sozialdemokratie in der Rheinprovinz festgestellt hat, ist nach Ausweis der letzten Düsseldorfer Stadtverordnetenwahl die Angahl der „Genossen" dort weiter angewachsen, aber auch das Zentrum sei rührig gewesen und habe gut organisiert. Nach wie vor liege die Entscheidung bei den Nationalliberalen. Ein Blick auf die bisherige Betätigung der bürgerlichen Parteien in diesem Wahlkreise läßt jedenfalls keine nennenswerte Hoffnung für die Sozialdemokratie auf Füllung ihrer Reihen durch Mitläufer zu, und so wird die Erfahwahl zwar große und unerläßliche Anstrengungen fordern, aber in solchem Falle auch der Gefahr vorbeugen, daß dem politischen Radikalismus hier ein Triumph bereitet würde.

Es ist nicht ohne Interesse, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß von den 35 Wahlkreisen der Rheinprovinz augenblicklich nur zwei sozialdemokratisch vertreten sind, nämlich Solingen, den die Partei seit 1881 (mit Ausnahme der Legislaturperiode 1898/1903) besessen und Duisburg, den sie 1907 in der Stichwahl von den Nationalliberalen erobert hat. Ferner hat die Sozialdemokratie früher schon Elberfeld-Barmen und für zwei Legislaturperioden Lennep-Mettmann innegehabt. In Stichwahl stand sie in Köln seit 1890, in Düsseldorf ebenfalls seit 1890, in Essen seit 1903, überall mit dem Zentrum, und in Mülheim-Wipperfürth 1910 in der Nachwahl mit dem Zentrum. — Bei den Wahlen von 1907 erzielte die Sozialdemokratie in der Rheinprovinz 236 584 Stimmen gegen 641 140 des Zentrums und 254 450 der Nationalliberalen. In vier Zentrumswahlkreisen wurden unter 100 sozialistische Stimmen abgegeben, in weiteren dreien zwischen 100 und 500, in vieren zwischen 500 und 700, in fünfen zwischen 700 und 1500, in acht zwischen 1500 und 3000, in zweien zwischen 3000 und 5000, in zwei anderen zwischen 5000 und 9000, in dreien zwischen 15 000 und 20 000 und in fünfen, sämtlich im Regierungsbezirk Düsseldorf, über 20 000. Bei der kommenden Wahl werden die Sozialdemokraten den Kreis Solingen, wo sie bei der letzten Wahl 45 pCt. aller Wahlberechtigten auf ihren Kandidaten vereinigten, vermutlich behaupten. In Duisburg-Mülheim (Ruhr), die 1907 immer nationalliberal vertreten, entfielen bei der letzten Hauptwahl auf den Nationalliberalen 32 045, den Sozialdemokraten 27 650, das Zentrum 27 322, den Polen 5455 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Sozialdemokrat mit 43 745 Stimmen gegen 39 089 für den Nationalliberalen. Der Kreis wird bei der nächsten Wahl, bei der zu den obigen noch eine christlich-soziale Kandidatur treten wird, wieder heiß umstritten sein. In Elberfeld-Barmen, das jetzt der Reichsparteiler Linz vertritt, für den das letzte Mal in der Stichwahl die bürgerlichen Parteien einstanden, steht eine Stichwahl mit der Sozialdemokratie von vornherein wieder fest. Ebenso wird es voraussichtlich in Lennep-Mettmann sein, wo das Zentrum für den Freisinn den Anschlag gegeben hat. In Essen entfielen 1907 auf das Zentrum 39 634, den Sozialdemokraten 29 378, den Nationalliberalen 22 162, den Polen 2540 Stimmen. In der Stichwahl siegte das Zentrum mit 45 076 gegen 35 889 Stimmen. Auch hier dürften die Christlich-Sozialen das Zünglein an der Wage bilden. In Moers-Rees, wo Stichwahl zwischen Zentrum und Reichspartei stattfand, glaubt man bei der heutigen Lage die Wahl des Zentrumskandidaten als gesichert betrachten zu dürfen, da für ihn auch der Bund der Landwirte eintreten will. Krefeld, wo die Sozialdemokratie 8617 Stimmen gegen 15 964 des Zentrums und 6202 der Nationalliberalen erhielt, gilt hiernach für wenig gefährdet. Schwerer wird der Kampf in Köln sein. Hier fielen bei der letzten Wahl auf das Zentrum 17 859 Stimmen, auf den Sozialdemokraten 15 661 und den Nationalliberalen 10 444. Das Zentrum wird sich anstrengen müssen, will es hier seine Stellung ferner behaupten. Mülheim-Wipperfürth scheint ihm zu verbleiben. Ausschlaggebend dürfte die Sozialdemokratie, wie schon beim letzten Mal, im Wahlkreise Saarbrücken werden. 1907 erhielten hier der Zentrumskandidat 19 138 Stimmen, der Nationalliberale 21 334, der Sozialdemokrat 2922, und in der Stichwahl siegte der Nationalliberale mit 22 668 gegen 21 220 Stimmen des Zentrums. Man macht sich aber hier wie auch in Ottweiler-St. Wendel-Meisenheim auf ein gewisses Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen gefaßt. Alles in allem hat jedoch die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen in der Rheinprovinz kaum Aussicht auf nennenswerte Vermehrung ihrer Mandate.

Rundschau im Auslande.

Kaiser Franz Josef und Erzherzog Franz Ferdinand.

Die Neue Freie Presse meldet: Wie in politischen Kreisen verlautet, sind die Beziehungen zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand namentlich in der letzten Zeit besondere vertrauensvoll. Der Verkehr ist sehr intim und ein sehr reger und die gegenwärtige Stimmung sehr warm. Die Gerüchte, daß der Kaiser einen Teil seiner Regierungspflichten abgegeben hätte, beruhen auf einem vollständigen Irrtum.

Patriotische Kundgebung in der italienischen Kammer.

Rom, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer erklärte Unterstaatssekretär Falconi auf eine Anfrage, daß die Bürgermeister von Civibale und Cormedo ihrer Aemter enthoben worden seien, da sie sich geweigert hätten, sich an den Jubiläumsfeierlichkeiten zu beteiligen. Im weiteren Verlauf der Sitzung gab die Debatte über den Gesetzentwurf, betreffend Bewilligung einer Leibrente für Veteranen Anlaß zu einer eindrucksvollen patriotischen Kundgebung. Carcano schlug der Kammer vor, das Gesetz einstimmig anzunehmen. So werde die Kammer den heutigen Todestag Garibaldis auf die beste Weise ehren. Der Kammerpräsident Marcora pries dann die Kämpfer für die Unabhängigkeit und schloß mit einem Dank an Carcano, weil er den Namen Garibaldi erwähnt habe, der heute gerade um so heiliger sei, da man erfahre, daß es leider Italiener gebe, unwürdig dieses Namen, die sich nicht schämten, ihr Vaterland und seine unantastbaren bürgerlichen Errungenschaften zu verleugnen. (Sehr lebhafte Zustimmung.) Aber, fügte der Redner hinzu, adversus Italiam adversus Romam portae inferi non praevalebunt. (Auch die Pforten der Hölle werden Italien, werden Rom nicht überwältigen.) Die Minister und die ganze Kammer hatten sich erhoben und begrüßten die Worte des Präsidenten mit äußerst lebhaftem, andauernbem Beifall. Die Vorlage wurde hierauf angenommen.

Marokko.

Paris, 3. Juni. Aus Tanger wird gerüchtweise gemeldet, daß der bisherige Minister des Aeußern El Mokri zum Großwesir, El Gebbas zum Minister des Aeußern und Mohammed Tasi zum Stellvertreter des Sultans in Tanger ernannt werden sollen.

Paris, 2. Juni. Die Agence Havas meldet aus Fez vom 28. Mai: Die Kolonne Dalbiez ist heute vormittag in der Richtung auf Sefru ausgezogen, um die Aufstift zu zerstreuen, die die Stadt bedrohten. Etwa 20 Berber schossen auf die Vorhut. Die Artillerie erwiderte das Feuer und zerstörte den ganzen Duar. Die Kolonne kehrte am Abend zurück. Die Stämme der Uled Jama und der Sheraga haben sich unterworfen und versprochen, die Freiheit der Straßen zu gewährleisten.

Die Agence Havas meldet aus Fez vom 29. Mai: General Moinier ist heute vormittag nach dem Gebiet der Beni Amar aufgebrochen. Gouraud bleibt in Fez. Mangin ist mit 2000 eingeborenen Truppen in der Richtung auf Sefru aufgebrochen, um in dieser Gegend Ruhe zu schaffen.

* * *

Paris, 3. Juni. Mehreren Blättern zufolge hat die englische Regierung dem hier weilenden marokkanischen Minister des Aeußeren El Mokri, der als Vertreter des Sultans den Londoner Krönungsfeierlichkeiten beiwohnen sollte, durch ihren hiesigen Botschafter mitteilen lassen, daß ihr die Anwesenheit einer marokkanischen Abordnung bei den Londoner Festlichkeiten nicht erwünscht sei. Der Schritt wird damit begründet, daß die Grausamkeiten, die die scherifische Mahalla — namentlich bei den letzten Ausfällen — gegen Weiber und Kinder begangen haben soll, als entehrend für die Regierung des Sultans angesehen würden. Es sei zu befürchten, daß die öffentliche Meinung Englands den Vertretern Mulay Hafids einen unfreundlichen Empfang bereite, was man aus Courtoisie vermelden möchte.

Londoner Seerechtsdeklaration.

London, 2. Juni. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die Reichskonferenz die Resolution angenommen, daß die Londoner Seerechtsdeklaration ratifiziert werden soll. Der Vertreter Australiens enthielt sich der Abstimmung.

Italienisch-amerikanischer Schiedsvertrag.

Rom, 2. Juni. Luzzatti hat dem Bureau der Kammer die Anfrage an den Minister des Aeußeren übergeben, ob es angemessen wäre, mit Rücksicht auf das hohe Prinzip und den nationalen Nutzen den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages mit den Vereinigten Staaten zu betreiben nach dem Muster desjenigen, der zwischen den Vereinigten Staaten und England beschlossen werden soll.

Der Aktendiebstahl in Paris.

Paris, 2. Juni. Das Zuchtpolizeigericht verurteilte Rouet und Maimon wegen Spionage zu 2 Jahren Gefängnis und 1000 Fr. Geldstrafe, Valliez zu 3 Monaten Gefängnis. In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Wenn auch nicht jedes diplomatische Schriftstück grundsätzlich als vertraulich angesehen werden könne, so enthalten doch mehrere von Rouet an Maimon ausgeliefeste Dokumente Kritiken, welche französische Diplomaten von ausländischen Persönlichkeiten oder Regierungen geübt haben, ferner vertrauliche Mitteilungen, Darlegungen über die Bestrebungen gewisser Regierungen, sowie den diplomatischen Agenten vom Quai d'Orsay erteilte geheime Weisungen, also Schriftstücke, deren Veröffentlichung die Unternehmungen der französischen Regierung erschweren oder behindern konnten.

Hof- und Personalnachrichten.

* Nach dem Frühstück in dem Offizierkasino in Potsdam wurden in dem Kasinogarten photographische Aufnahmen der Teilnehmer an dem Frühstück gemacht. Darauf unternahm Ihre Majestät die Kaiserin mit dem Prinzen Oskar eine Rundfahrt durch die Stadt, kehrte dann in die Wohnung des Prinzen zurück und blieb dort bis zur Abreise. — Prinz Oskar geleitete die Kaiserin zum Bahnhofe, wo sich auch das Offizierkorps versammelt hatte. Die Abfahrt erfolgte 3/4 Uhr. — Ihre Majestät ist kurz nach 7 Uhr wieder in Potsdam eingetroffen und hat Sich später in das Kadinettshaus zum Besuch bei dem erkrankten Prinzen Joachim begeben.

* Prinz Adalbert von Preußen ist heute morgen 6 Uhr 38 Min., von Kopenhagen kommend, auf dem hiesigen Stettiner Bahnhof eingetroffen.

* Prinzessin Eitel-Friedrich von Preußen ist gestern vormittag 8 Uhr 10 Min. vom hiesigen Anhalter Bahnhof nach Kissingen abgereist.

* Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg, Prinz Albert von Preußen und die Prinzen Georg Wilhelm und Ernst August von Cumberland sind gestern abend von Kopenhagen abgereist.

* Prinz Leopold von Bayern ist gestern nachmittag 3 Uhr 49 Min., von Schwedt a. O. kommend, auf dem hiesigen Stettiner Bahnhof eingetroffen und Abends 8 Uhr 45 Min. vom Anhalter Bahnhof nach München weitergereist.

* Aus Wien, 2. Juni, wird uns geschrieben: Kaiser und König Franz Josef ist seit einigen Tagen vom Katarrh vollkommen frei. Die Nachtruhe des Monarchen ist wieder durchaus ungestört, der Appetit ist gut, das Allgemeinbefinden vorzüglich. Der Kaiser fühlt sich frisch und wohl, und der Leibarzt darf jetzt seine Aufgabe exfreulicherweise nur darin erblicken, jeden Rückschlag zu verhüten und den so günstigen Gesundheitszustand des Monarchen zu stabilisieren. Kaiser Franz Josef, der sich auch in diesem Jahre zum gewohnten Sommeraufenthalt nach Ischl begeben wird, wird, wie bekannt, zunächst aus Schönbrunn zu mehrwöchigem Aufenthalt in die Lainzer Villa übersiedeln und sich dort, ärztlichem Rate gemäß, etwas mehr Ruhe gönnen als bisher.

* Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden sind in London eingetroffen und vom Herzog und der Herzogin von Connaught, der Prinzessin Patricia und dem Prinzen Arthur empfangen worden.

* Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Frhr. v. Schorlemer ist mit Urlaub abgereist.

* Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Wirkliche Geheime Rat Dr. v. Lindequist, hat Berlin mit Urlaub verlassen.

* Während der weiteren Abwesenheit des norwegischen Gesandten v. Dillen werden die Geschäfte der Gesandtschaft von dem Legationssekretär Raeder geführt.

* Der Oberhofmarschall des Königs von Schweden v. Printzköld aus Stockholm und Staatsminister Gunnar Knudsen aus Norwegen sind hier eingetroffen und im Hotel Der Kaiserhof abgestiegen.

* Der Geheime Oberbaurat und vortragende Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Haas ist seit einiger Zeit beurlaubt und gedenkt, so schreibt die Neue politische Correspondenz, infolge Krankheitsfalls am 1. Juli in den Ruhestand zu treten. Geh. Oberbaurat Haas hat eine Reihe von Jahren dem Eisenbahnministerium angehört und sich als Referent der maschinentechnischen Angelegenheiten hervorragende Verdienste insbesondere um die Fortentwicklung